

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Impressum	2
Nicht schweigen, wenn kirchliche Lehre als gewaltsam erfahren wird	3
Diözesanversammlung in der Bochumer Kunstkirche Christ-König	5
Bevölkerung in Israel/Palästina verliert jede Zukunftshoffnung	6
Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus	10
Abschied und Neuanfang	14
Kampagne Menschenrecht statt Moria – Geflüchtete aufnehmen! Jetzt!	16
Rheinmetall entrüsten!	18
pax christi Essen auch weiterhin aktiv und sichtbar trotz Corona	20
Für Umweltschutz und Frauenrechte: Bäume pflanzen für den Frieden	21
Glaube, Gott und Currywurst: Für ein Willkommen ohne Bedingung	23
Eine Begegnung in Köln-Vingst: Pfarrer Meurer: Zupacken, wo es Not tut	24
Jeden Monat Diskussion mit Experten über Aktuelles zur Friedensbewegung	25
Termine	26

IMPRESSUM

die_taube ist das offizielle Mitteilungsorgan des pax christi Diözesanverbandes Essen für Mitglieder und Interessenten.

www.essen.paxchristi.de

Herausgeber:

pax christi Diözesanverband Essen

c/o Ursula Balt, Diemelstraße 20, 44807 Bochum

Layout: Angelika Böttcher

Bankverbindung:

IBAN: DE69 3706 0193 6030 6140 10

Nicht schweigen, wenn kirchliche Lehre als gewaltsam erfahren wird

Bischof Kohlgraf für gewaltlose Sprache in der Kirche

Stellung genommen hat der Mainzer Bischof Peter Kohlgraf, Präsident von pax christi in Deutschland, zur gewaltfreien Kommunikation angesichts des "Responsum ad dubium der Kongregation für die Glaubenslehre über die Segnung von Verbindungen von Personen gleichen Geschlechts". Wir dokumentieren im Folgenden seine Stellungnahme:



Bischof Peter Kohlgraf.

Für gewaltfreie Kommunikation

Bei der letzten Delegiertenversammlung von pax christi, die digital stattfinden musste, wurde bei der Verabschiedung des Bundesvorsitzenden Norbert Richter dessen Herzensthema der "gewaltfreien Kommunikation" benannt. Angesichts eines immer respektloseren Umgangs mit verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft, die auch Papst Franziskus in "Fratelli Tutti" wahrnimmt, kann ich dieses Thema nur stark machen.

Was kennzeichnet diese Art gewaltfreier Begegnung? Kernelemente sind Empathie, Respekt, Achtsamkeit und Wohlwollen für die andere Person. Es ist so eine Frage der inneren Haltung, keine "Technik". Wer einem anderen Menschen so begegnet, will nicht werten, sondern in tiefem Respekt verstehen.

Menschen nicht etikettieren

Menschen sollen nicht etikettiert oder gar beschämt werden, so wie sie nicht in bestimmte einseitige Kategorien eingeordnet werden dürfen. Zu oft werden Menschen eben nur aufgrund einer von zahlreichen "Identitäten" bewertet und auf diese reduziert.

Christinnen und Christen finden ihre "Identität" nicht nur aufgrund ihrer Glaubenszugehörigkeit, Identitäten bilden sich auch durch den Beruf, die Herkunft, das Geschlecht, die Begabungen und viele andere Eigenschaften heraus. Es wird dem Menschen nicht gerecht, ihn auf eine Kategorie zu reduzieren. In der gewaltfreien Kommunikation wird diese Vielfalt einer Persönlichkeit ernst genommen. Es ist gut, dass auch pax christi sich hier an der aktiven Friedensarbeit und Friedenserziehung beteiligt.

Seit einigen Tagen gehen die Wellen hoch wegen des Segnungsverbots an gleichgeschlechtlich liebenden Menschen. Auch aus meinem eigenen Bekanntenkreis verlassen deshalb Menschen die Kirche. Das römische "Responsum" vom 22. Februar 2021 hat offenkundig viele Menschen tief verletzt, und dies nicht nur die Betroffenen selbst. Viele Menschen empfinden die Sprache des Lehramts als eben nicht "gewaltfrei".

Nicht nur ein Missverständnis

Wenn Menschen sich durch die Kirche verletzt fühlen, kann ich das nicht einfach als Missverständnis abtun. Da hilft auch der Hinweis nicht, man müsse einfach die Wahrheit sagen und die anderen müssten sie eben aushalten. Als gewaltsam erleben sie erst recht, dass ihre Neigung und ihre Lebensgestaltung ausschließlich in einer Kategorie beschrieben werden. In keiner Weise wird die Vielfalt auch ihrer "Identitäten" gewürdigt, die sich eben nicht allein durch die Geschlechtlichkeit bestimmen lässt. Sie fühlen sich auf eine bestimmte Kategorie reduziert, echtes Verstehen-Wollen erleben sie nicht. Und indem ihre Lebensform damit durch die Brille "sündhaft" gesehen wird, werden sie beschämt, und ihr Leben wird "bewertet".

Es ist für sie keine Kleinigkeit, wenn dies alles mit dem Hinweis auf den Willen Gottes geschieht. Mittlerweile gibt es auch Widerstand von Bischöfen, nicht nur aus Deutschland. Wenn kirchliche Lehre als "gewaltsam" erfahren wird, darf ich als Bischof nicht schweigen. Gerade jetzt, wo wir sensibler werden für den ganzen Bereich von

geistlicher Übergriffigkeit, sollten wir behutsam unsere Sprachgewohnheiten überprüfen. Darin zeigen sich Haltungen, die uns vom Evangelium wegführen. Gerade als pax christi-Präsident in Deutschland darf die aktive Friedensarbeit und die Gewaltlosigkeit für mich kein Lippenbekenntnis bleiben.

Für gewaltlos Sprache

Die Reaktionen auch im Netz auf Kritik am "Responsum" zeigen die Notwendigkeit einer aktiven Arbeit an einer gewaltlosen Sprache innerhalb der Kirche. Mit welcher Herablassung sich dort Menschen zum Richter aufspielen und sich auf Gott berufen, ist sicher kein Ausdruck der Liebe zum Nächsten. In der Lesung vom Montag der Karwoche (Jes 42,5a. 1-7) lesen wir über den sogenannten "Gottesknecht": "Das geknickte Rohr zerbricht er nicht und den glimmenden Docht löscht er nicht aus." Auch diese göttliche Praxis sollte uns zu einer anderen Sprache und einer anderen Haltung vielen Menschen gegenüber motivieren.

Bischof Peter Kohlgraf





Auch gleichgeschlechtliche Brautpaare erbitten den Segen der Kirche.



Die Diözesanversammlung 2021 fand in der Kunstkirche Christ-König in Bochum statt.

Mit Schwung in die neue Arbeitssaison

Diözesanversammlung in der Bochumer Kunstkirche Christ-König

Corona hat pax christi im Bistum nicht völlig ausbremsen können. Auch wenn persönliche Begegnungen Mangelware bleiben mussten. Bereits die für den 22.März 2020 in der Gemeinde Christus König in Essen-Haarzopf geplante Mitgliederversammlung konnte nicht stattfinden. Auch die anfängliche Hoffnung, das Treffen, inklusive eines geplanten Vortrages des Publizisten Peter Bürger, später nachholen zu können, erfüllte sich nicht.

Online wurden die Mitglieder im Laufe des Jahres aber durchaus über die Aktivitäten auf dem Laufenden gehalten. Es geschah nicht wenig. Nahezu jeden Monat trafen sich die Vorstandsmitglieder zu einer Telefonkonferenz und führten so die Programmarbeit fort. Auch auf Bundesebene fanden Treffen für die Mehrzahl der Teilnehmenden zumeist digital statt. Manchmal eine Herausforderung, aber alle wuchsen mit der Zeit hinein.

Es kann durchaus bilanziert werden: Niemand hätte je gedacht, dass sich so viele so intensiv mit den neuen Kommunikationsmöglichkeiten befassten und in dieses Feld hineinwuchsen. Erst in diesem Frühjahr wurde es gewagt, auch wieder persönliche Begegnungen anzusetzen. Die Bochumer Kunstkirche Christ-König er-

schien als geeigneter Raum, da das Kirchenschiff mittlerweile völlig ohne Bänke ist und so viele Möglichkeiten einer Bestuhlung bietet.

Am 2. Mai 2021 konnte das Treffen endlich stattfinden. Begonnen wurde mit einem von Dr. Meinolf Demmel gefeierten Gottesdienst, in dessen Mittelpunkt als Friedensgestalt die erste afrikanische Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai stand. Die Bochumer Gruppe stellte sie vor. Ein entsprechender Text ist auch in dieser Ausgabe zu finden. Alle Informationen über die Beschlüsse der Diözesanversammlung liegen dieser Ausgabe bei.

urba



Zerstörte Häuser im Wadi Juheish. Vor allem die Kinder leiden.

Neue Eskalation der Gewalt schreckt Weltöffentlichkeit auf

Bevölkerung in Israel/Palästina verliert jede Zukunftshoffnung

Die jüngste Eskalation der Gewalt in Israel/Palästina hat uns alle aufgeschreckt. Es war der vierte Gazakrieg, nach 2008/2009, 2012 und 2014, mit zwölf Toten auf israelischer und 248 auf palästinensischer Seite, mit Zerstörungen von Häusern und Infrastruktur, mit Angst, Schrecken und Traumatisierungen.

Wie konnte es dazu kommen? Welches sind die wesentlichen Auswirkungen? (Ich folge hier u.a. den Ausführungen der Politologin Muriel Asseburg in einem Online-Talk vom 15.6.2021.)

Als Auslöser sind zu benennen:

- die systematische Verdrängungspolitik von Palästinenser*innen in Ostjerusalem, aktuell sichtbar im Viertel Sheikh Jarrah, aber auch in allen anderen Stadtteilen Ostjerusalems
- die Zugangsbeschränkungen zum Al Aqsa Compound und zu den arabischen Teilen der Jerusalemer Altstadt für Palästinenser*innen während des Ramadan. Diese haben zu wiederholten Zusammenstößen mit der israelischen Polizei auf dem Platz vor dem Damaskustor geführt.
- Protestzüge rechter israelischer Aktivisten zum Jerusalemtag am 10. Mai, an dem die Wiedervereinigung Jerusalems während des Sechs-Tage-Krieges 1967 gefeiert wird
- die Verschiebung der Wahlen eines neuen palästinensischen Parlaments und eines neuen Präsidenten, geplant für den 22. Mai und 31. Juli, durch Palästinenserpräsident Abbas

Diese aktuell auslösenden Faktoren sind auf dem Hintergrund folgender **langfristiger Entwicklungen** zu betrachten:

- Verfestigung der Besatzung mit der Ausweitung des Siedlungsbaues, schleichender Annexion palästinensischen Landes, zunehmender Gewalt gegen Palästinenser*innen...
- Maßnahmen der Trump-Administration (z.B. die Verlagerung der US-amerikanischen Botschaft nach Jerusalem), die die palästinensische Position zunehmend geschwächt haben
- Die sogenannten Normalisierungsabkommen mit mehreren muslimischen Staaten

Diese langfristigen Entwicklungen nehmen der palästinensischen Bevölkerung jede Zukunftshoffnung und lassen befürchten, dass es auch in Zukunft viele Anlässe zu neuerlichen Gewaltausbrüchen geben wird. Als **Auswirkungen** sind Beobachtungen zu beschreiben, die einerseits sehr bedenklich sind, andererseits zaghafte positive Anzeichen sein können:

- Aus palästinensischer Sicht ist die Hamas eindeutiger Sieger in diesem Krieg. Sie präsentiert sich als Verteidigerin der muslimischen heiligen Stätten. Dies wird in der gesamten palästinensischen Bevölkerung so gesehen, auch bei denen, die den radikalen Flügel der Hamas klar ablehnen. Daraus folgt eine Stärkung der Hamas und eine Schwächung der säkularen Fatah, vor allem ihres Präsidenten Abbas, der als Erfüllungsgehilfe der Besatzung erscheint.
- Sichtbar wurden enorme Spannungen zwischen jüdischen und arabischen Israelis in Israel das hat es in dieser Deutlichkeit noch nicht gegeben.
- Es hat auch dies eine Neuerung eine Solidarisierung zwischen Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten und im Kernland Israel gegeben, ergänzt durch Unterstützung von in aller Welt lebenden Palästinenser*innen. Die zusätzliche Vernetzung mit Menschenrechtsbewegungen weltweit stärkt die palästinensische Position. Anders als in unseren bundesrepublikanischen Medien fand diese neue Entwicklung in ausländischer Berichterstattung deutliche Beachtung.

Soweit zur Beschreibung der Situation.

Ich möchte diese ergänzen durch **eine israelische Stimme**, nämlich die der renommierten Menschenrechtsorganisation B'tselem, die während der gegenseitigen Bombardierungen folgenden Text auf ihrer Homepage veröffentlichte. Am 14. Mai erschien er auch auf der Titelseite der linksliberalen israelischen Tageszeitung Haaretz. Einige der Formulierungen würden bei uns sofort die Bewertung als "antisemitisch" auf sich ziehen, deshalb verzichte ich auf eine Übersetzung.



Angriffsopfer werden mit Hamas-Flaggen begleitet.

We all desire life and are entitled to a regime that guarantees justice and equality

The current violence throughout Israel/Palestine is an outcome of the apartheid regime that controls the entire area.

Under this regime, about half of the people who live between the Jordan River and the Mediterranean Sea – Jews – are able to lead full lives and enjoy protection of their human rights, while the other half – Palestinians – cannot.

The appalling street violence we are seeing is heartbreaking, terrifying and must be forcefully condemned. Any violence against civilians is absolutely reprehensible. Yet the violence runs deeper than what can be captured on camera.

The range of measures the Israeli regime employs to ensure Jewish supremacy is inherently violent. Airstrikes and stun grenades are visible, while the laws, military orders, bureaucrats, policy makers and judges who uphold the system remain mostly invisible.

"Restoring order" means that Jews will go back to their peaceful lives, while Palestinians continue to live under a boot: subjected to constant, relentless violence that is invisible.

A reality based on organized violence is not only immoral – it is a danger to us all.

That is why the Universal Declaration of Human Rights proclaimed, in 1948: "It is essential, if man is not to be compelled to have recourse, as a last resort, to rebellion against tyranny and oppression, that human rights should be protected..."

We all deserve to live under a regime that ensures justice and quality for both peoples. A regime that entitles everyone who lives here to the rights to life, to security, and to the freedom to create, learn, dream and love.S

We all desire life. For every single one of us.

https://www.btselem.org/hebrew/apartheid/20210514_we_all_desire_life_a nd are entitled to a regime that guarantees justice and equality

die_taube I 1_2021 I Seite 9

Über die weitere Entwicklung lässt sich nur spekulieren. Viele Stimmen, darunter auch die des deutschen Außenministers Heiko Maas, haben während des Krieges betont, dass dieser Konflikt endlich gelöst werden müsse, dass Nicht-Handeln nach einem Waffenstillstandsabkommen unausweichlich früher oder später wieder zu einem Gewaltausbruch führen werde. Trotzdem zweifle ich daran, dass diesen Worten Taten folgen. Und die Zusammensetzung der neuen israelischen Regierung gibt auch wenig Anlass zu Hoffnung.

Postkartenaktion

Es bleibt also unsere Aufgabe, Druck auf die Verantwortlichen in Politik und Kirche auszuüben und immer wieder im Rahmen unserer Möglichkeiten tätig zu werden, sei es durch finanzielle Unterstützung von Partnern und Freunden dort, durch Information und Aufklärung über die bedrückende Situation vieler Menschen in Gaza, der Westbank und Ostjerusalem oder durch politische Einflussnahme. Als Friedensbewegung müssen wir auf der Einhaltung von internationalen Normen, Verträgen und Regelwerken bestehen und Menschenrechte für alle einfordern.

Wir bieten allen pax christi-Mitgliedern die Möglichkeit, unsere Postkartenaktion zu unterstützen und bitten daher, selbst aktiv zu werden und Bekannte oder Freunde zum Mittun zu ermutigen.

Die Beschreibung der Aktion ist dieser Ausgabe der Taube beigelegt (Postkarte und Begleitschreiben). Weitere Postkarten können bei Gabriele Wulfers, Email: gwulfers@gmx.de, Tel.: 02324 983757, bestellt werden. Informationen sind außerdem zu finden auf der Homepage: essen.paxchristi.de.

Gabriele Wulfers



Völlig zerstört wurden zahlreiche Häuser in Gaza.

die_taube I 1_2021 I Seite 10

JERUSALEMER ERKLÄRUNG ZUM ANTISEMITISMUS

26. März 2021

Präambel

Wir, die Unterzeichnenden, legen die "Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus" vor. Sie ist das Ergebnis einer Initiative, die ihren Ursprung in Jerusalem hat. Zu den Unterzeichner:innen zählen internationale Wissenschaftler:innen, die in der Antisemitismusforschung und in verwandten Bereichen arbeiten, darunter Jüdische Studien, Holocaust-, Israel-, Palästina- sowie Nahoststudien. Die Erklärung profitierte auch von der Einbindung von Rechtswissenschaftler:innen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft.

Im Geiste der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung von 1969, der Erklärung des Stockholmer Internationalen Forums über den Holocaust aus dem Jahr 2000 und des Beschlusses der Vereinten Nationen zum Gedenken an den Holocaust aus dem Jahr 2005 vertreten wir die Auffassung, dass Antisemitismus einige spezifische Besonderheiten aufweist, der Kampf gegen ihn jedoch untrennbar mit dem allgemeinen Kampf gegen alle Formen rassistischer, ethnischer, kultureller, religiöser und geschlechtsspezifischer Diskriminierung verbunden ist.

Im Wissen um die Verfolgung von Jüd:innen im Laufe der Geschichte und die universellen Lehren aus dem Holocaust und angesichts des besorgniserregenden Wiedererstarkens von Antisemitismus durch Gruppierungen, die Hass und Gewalt in Politik, Gesellschaft und im Internet mobilisieren, legen wir eine anwendbare, prägnante und historisch fundierte Kerndefinition von Antisemitismus mit einer Reihe von Leitlinien für die Benutzung vor.

Die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus reagiert auf die "IHRA-Definition", die 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) angenommen wurde. Da die IHRA-Definition in wichtigen Punkten unklar und für unterschiedlichste Interpretationen offen ist, hat sie Irritationen ausgelöst und zu Kontroversen geführt, die den Kampf gegen Antisemitismus geschwächt haben. In Anbetracht der Tatsache, dass sie sich selbst als "Arbeitsdefinition" bezeichnet, haben wir uns um Verbesserungen bemüht, indem wir (a) eine präzisere Kerndefinition und (b) ein kohärentes Set von Leitlinien vorlegen. Wir hoffen, dass dies sowohl für das Monitoring und die Bekämpfung von Antisemitismus als auch für Bildungszwecke hilfreich sein wird. Wir empfehlen unsere nicht rechtsverbindliche Erklärung als Alternative zur IHRA-Definition. Institutionen, die die IHRA-Definition bereits übernommen haben, können unseren Text als Hilfsmittel zu ihrer Interpretation nutzen. Die IHRA-Definition enthält elf "Beispiele" für Antisemitismus, von denen sich sieben auf den Staat Israel beziehen. Dies legt zwar legt einen unangemessenen Schwerpunkt auf einen bestimmten Schauplatz; allerdings besteht wirklich ein großer Bedarf an Klarheit über die Grenzen legitimer politischer Äußerungen und Handlungen in Bezug auf Zionismus, Israel und Palästina. Wir verfolgen ein doppeltes Ziel: (1) den Kampf gegen Antisemitismus zu stärken, indem wir definieren, was Antisemitismus ist und wie er sich manifestiert, und (2) Räume für eine offene Debatte über die umstrittene Frage der Zukunft Israels/Palästinas zu wahren. Wir sind nicht alle der gleichen politischen Meinung und wir verfolgen keine politische Parteinahme. Die Feststellung, dass eine kontroverse Ansicht oder Handlung nicht antisemitisch ist, bedeutet weder, dass wir sie befürworten, noch dass wir

Die Leitlinien, die sich auf Israel-Palästina beziehen (Nr. 6 bis 15), sollten als Ganzes betrachtet werden. Generell sollte bei der Anwendung der Leitlinien jede im Lichte der anderen und immer mit Blick auf den jeweiligen Kontext gelesen werden. Zum Kontext kann die Intention hinter einer Äußerung, ein Sprachmuster im Wandel der Zeit oder sogar die Identität des Sprechers oder der Sprecherin gehören, besonders wenn es um Israel oder den Zionismus geht. So könnte etwa Feindseligkeit gegenüber Israel Ausdruck eines antisemitischen Ressentiments sein, aber auch eine Reaktion auf eine Menschenrechtsverletzung oder eine Emotion, die eine palästinensische Person aufgrund ihrer Erfahrungen durch Handlungen seitens der staatlichen Institutionen Israels empfindet. Kurz: Bei der Anwendung dieser Leitlinien auf konkrete Situationen sind Urteilsvermögen und Sensibilität gefordert.

Definition

Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).

Leitlinien

A.

Allgemein

- 1. Es ist rassistisch, zu essentialisieren (eine Charaktereigenschaft als angeboren zu behandeln) oder pauschale negative Verallgemeinerungen über eine bestimmte Bevölkerung zu machen. Was für Rassismus im Allgemeinen gilt, gilt im Besonderen auch für Antisemitismus.
- 2. Das Spezifikum des klassischen Antisemitismus ist die Vorstellung, Jüd:innen seien mit den Mächten des Bösen verbunden. Dies steht im Zentrum vieler antijüdischer Fantasien, wie etwa der Vorstellung einer jüdischen Verschwörung, in der "die Juden" eine geheime Macht besäßen, die sie nutzen, um ihre eigene kollektive Agenda auf Kosten anderer Menschen durchzusetzen. Diese Verknüpfung zwischen Jüd:innen und dem Bösen setzt sich bis heute fort: in der Fantasie, dass "die Juden" Regierungen mit einer "verborgenen Hand" kontrollieren, dass sie die Banken besitzen, die Medien kontrollieren, als "Staat im Staat" agieren und für die Verbreitung von Krankheiten (wie etwa Covid-19) verantwortlich sind. All diese Merkmale können für unterschiedlisogar gegensätzliche) politische instrumentalisiert werden.
- 3. Antisemitismus kann sich in Worten, Bildern und Handlungen manifestieren. Beispiele für antisemitische Formulierungen sind Aussagen, dass alle Jüd:innen wohlhabend, von Natur aus geizig oder unpatriotisch seien. In antisemitischen Karikaturen werden Jüd:innen oft grotesk, mit großen Nasen und in Verbindung mit Reichtum dargestellt. Beispiele für antisemitische Taten sind: jemanden angreifen, weil sie oder er jüdisch ist, eine Synagoge angreifen, Hakenkreuze auf jüdische Gräber schmieren oder Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum nicht einzustellen oder nicht zu befördern.
- 4. Antisemitismus kann direkt oder indirekt, eindeutig oder verschlüsselt ('kodiert') sein. Zum Beispiel ist "die Rothschilds kontrollieren die Welt" eine kodierte Behauptung über die angebliche Macht "der Juden" über Banken und die internationale Finanzwelt. In ähnlicher Weise kann die Darstellung Israels als das ultimative Böse oder die grobe Übertreibung seines tatsächlichen Einflusses eine kodierte Ausdrucksweise sein, Jüd:innen zu rassifizieren und zu stigmatisieren. In vielen Fällen ist die Identifizierung von kodierter Sprache eine Frage des jeweiligen Kontextes und der Abwägung, bei der diese Leitlinien zu berücksichtigen sind.
- 5. Es ist antisemitisch, den Holocaust zu leugnen oder zu verharmlosen, indem man behauptet, der vorsätzliche Völkermord der Nazis an den Jüd:innen habe nicht stattgefunden, es habe keine Vernichtungslager oder Gaskammern gegeben oder die Zahl der Opfer bestehe nur in einem Bruchteil der tatsächlichen Anzahl.

B.

Israel und Palästina: Beispiele, die als solche antisemitisch sind

- 6. Die Symbole, Bilder und negativen Stereotypen des klassischen Antisemitismus (siehe Leitlinien 2 und 3) auf den Staat Israel anzuwenden.
- 7. Jüd:innen kollektiv für das Verhalten Israels verantwortlich zu machen oder sie, bloß weil sie jüdisch sind, als Agent:innen Israels zu behandeln.

- 8. Menschen, weil sie jüdisch sind, aufzufordern, Israel oder den Zionismus öffentlich zu verurteilen (z.B. bei einer politischen Versammlung).
- 9. Anzunehmen, dass nicht-israelische Jüd:innen, bloß weil sie jüdisch sind, zwangsläufig loyaler zu Israel stehen als zu ihren eigenen Ländern.
- 10. Jüd:innen im Staat Israel das Recht abzusprechen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben

C

Israel und Palästina: Beispiele, die nicht per se antisemitisch sind (unabhängig davon, ob man die Ansicht oder Handlung gutheißt oder nicht)

- 11. Unterstützung der palästinensischen Forderungen nach Gerechtigkeit und der vollen Gewährung ihrer politischen, nationalen, bürgerlichen und menschlichen Rechte, wie sie im Völkerrecht verankert sind.
- 12. Kritik oder Ablehnung des Zionismus als eine Form von Nationalismus oder das Eintreten für diverse verfassungsrechtliche Lösungen für Juden und Palästinenser in dem Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer. Es ist nicht per se antisemitisch, Regelungen zu unterstützen, die allen Bewohner:innen "zwischen dem Fluss und dem Meer" volle Gleichberechtigung zugestehen, ob in zwei Staaten, einem binationalen Staat, einem einheitlichen demokratischen Staat, einem föderalen Staat oder in welcher Form auch immer.
- 13. Faktenbasierte Kritik an Israel als Staat. Dazu gehören seine Institutionen und Gründungsprinzipien, seine Politik und Praktiken im In- und Ausland, wie beispielsweise das Verhalten Israels im Westjordanland und im Gazastreifen, die Rolle, die Israel in der Region spielt, und jede andere Art und Weise, in der es als Staat Vorgänge in der Welt beeinflusst. Es ist nicht per se antisemitisch, auf systematische rassistische Diskriminierung hinzuweisen. Im Allgemeinen gelten im Falle Israels und Palästinas dieselben Diskussionsnormen, die auch für andere Staaten und andere Konflikte um nationale Selbstbestimmung gelten. Daher ist der, wenngleich umstrittene, Vergleich Israels mit historischen Beispielen einschließlich Siedlerkolonialismus oder Apartheid nicht per se antisemitisch.
- **14.** Boykott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.
- 15. Politische Äußerungen müssen nicht maßvoll, verhältnismäßig, gemäßigt oder vernünftig sein, um nach Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderen Menschenrechtsabkommen geschützt zu sein. Kritik, die von manchen als übertrieben oder umstritten oder als Ausdruck "doppelter Standards" betrachtet wird, ist nicht per se antisemitisch. Im Allgemeinen ist die Trennlinie zwischen antisemitischen und nicht antisemitischen Äußerungen eine andere als die Trennlinie zwischen unvernünftigen und vernünftigen Äußerungen.

JERUSALEMER ERKLÄRUNG ZUM ANTISEMITISMUS

Fragen und Antworten

Was ist die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (Jerusalem Declaration on Antisemitism, JDA)?

Die JDA ist eine Ressource zur Stärkung des Kampfes gegen Antisemitismus. Sie umfasst eine Präambel, eine Definition und 15 Leitlinien.

Wer hat sie verfasst?

Eine Gruppe internationaler Wissenschaftler:innen mit Schwerpunkten in der Antisemitismusforschung und verwandten Bereichen. Die JDA wird von einem breiten Spektrum renommierter Wissenschaftler:innen und Institutsleiter:innen in Europa, den USA und Israel unterstützt.

Warum "Jerusalem"?

Die JDA geht ursprünglich auf eine Konferenz am Van Leer Institut in Jerusalem zurück.

Warum jetzt?

Die JDA reagiert auf die Arbeitsdefinition Antisemitismus, die die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) 2016 vorgelegt hat. Die "IHRA-Definition" (einschließlich ihrer "Beispiele") ist weder klar noch kohärent. Was auch immer die Absichten ihrer Befürworter sein mögen, sie verwischt den Unterschied zwischen antisemitischer Rede und legitimer Kritik am Staat Israel und am Zionismus. Dies führt zu Irritationen und delegitimiert gleichzeitig die Stimmen von Palästinenser:innen und anderen, einschließlich Jüd:innen, die sehr kritische Ansichten über Israel und den Zionismus haben. Nichts davon trägt zur Bekämpfung von Antisemitismus bei. Die JDA reagiert auf diese Situation.

Ist die JDA also als Alternative zur Arbeitsdefinition der IHRA gedacht?

Ja, das ist sie. Menschen, die guten Willens sind, suchen nach Orientierung in der Schlüsselfrage: Wann überschreitet die politische Rede über Israel oder Zionismus die Grenze zum Antisemitismus und wann sollte sie geschützt werden? Die JDA soll diese Orientierungshilfe bieten und sollte daher als Ersatz für die IHRA-Definition angesehen werden. Wenn eine Organisation jedoch die IHRA-Definition formell übernommen hat, kann sie die JDA nutzen, um die Unzulänglichkeiten der IHRA-Definition zu korrigieren.

Für wen gilt die Definition?

Die Definition gilt unabhängig davon, ob jüdische Identität ethnisch, biologisch, religiös, kulturell usw. verstanden wird. Sie ist auch in Fällen anwendbar, in denen eine nichtjüdische Person oder Institution entweder fälschlicherweise für jüdisch gehalten wird ("Diskriminierung aufgrund der Wahrnehmung") oder wegen einer Verbindung zu Jüd:innen angegriffen wird ("Diskriminierung aufgrund von Assoziation").

Sollte die JDA offiziell z.B. von Regierungen, politischen Parteien oder Universitäten übernommen werden?

Die JDA kann als Ressource für unterschiedliche Zwecken genutzt werden. Dazu gehören die Aufklärung darüber und die Schaffung eines Bewusstseins dafür, wann Sprache oder Verhalten antisemitisch sind (und wann nicht), die Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus usw. Sie kann genutzt werden, um im vorgegebenen Rahmen von Gesetzen und Normen zum Schutz der Meinungsfreiheit bei der Umsetzung von Antidiskriminierungsgesetzen zu helfen.

Sollte die JDA als Teil von Gesetzen gegen Hassrede genutzt werden?

Nein, das sollte sie nicht. Sie ist keinesfalls als rechtliches oder quasi-rechtliches Instrument gedacht. Noch sollte sie rechtlich kodifiziert oder dazu genutzt werden, um die legitime Ausübung der Freiheit von Forschung und Lehre zu beschränken oder um freie und offene Debatten innerhalb der durch die Gesetze zur Hasskriminalität vorgegebenen Grenzen zu unterdrücken.

Wird die JDA alle aktuellen Auseinandersetzungen darüber, was antisemitisch ist und was nicht, beilegen?

Die JDA spiegelt klar die fachliche Autorität wissenschaftlicher Expert:innen aus den relevanten Feldern wider, doch kann sie nicht alle Streitpunkte beseitigen. Kein Dokument über Antisemitismus kann erschöpfend sein oder alle Formen vorwegnehmen, in denen sich Antisemitismus in der Zukunft manifestieren wird. Einige Leitlinien (z.B. Nr. 5) geben nur wenige Beispiele, um einen allgemeinen Aspekt zu verdeutlichen. Die JDA ist als Nachdenk- und Diskussionshilfe gedacht. Als solche ist sie eine wertvolle Ressource für Beratungen unter Stakeholder:innen/Interessensgruppen darüber, wie Antisemitismus zu identifizieren und wie ihm möglichst effektiv zu begegnen ist.

Warum geht es in 10 der 15 Leitlinien um Israel und Palästina?

Das spiegelt die Gewichtung in der IHRA-Definition wider, in der 7 von 11 "Beispielen" sich auf die Debatte über Israel konzentrieren. Es reagiert zudem auf eine öffentliche Debatte, sowohl unter Jüd:innen als auch in der breiteren Bevölkerung, die ein Bedürfnis nach Orientierung in Bezug auf Meinungsäußerungen über Israel oder den Zionismus aufzeigt: Wann sollten sie geschützt sein und wann überschreiten sie die Grenze zum Antisemitismus?

Was ist mit anderen Kontexten außer Israel und Palästina?

Die allgemeinen Leitlinien (1-5) sind auf alle Kontexte anwendbar, einschließlich des rechtsextremen, in dem Antisemitismus zunimmt. Sie sind zum Beispiel auf Verschwörungstheorien anwendbar, dass "die Juden" hinter der Covid-19-Pandemie steckten oder dass George Soros die Black-Lives-Matter- und Antifa-Proteste finanziere, um "verborgene jüdische Absichten" zu verfolgen.

Unterscheidet die JDA zwischen Antizionismus und Antisemitismus?

Diese beiden Konzepte unterscheiden sich grundsätzlich. Nationalismus, jüdischer oder sonstiger, tritt in vielen Formen auf, steht aber immer zur Diskussion. Intoleranz und Diskriminierung, ob gegen Jüd:innen oder irgendjemand anderes, sind nie akzeptabel. Das ist ein Axiom der JDA.

Geht also aus der JDA hervor, dass Antizionismus nie antisemitisch ist?

Nein. Die JDA versucht zu klären, wann Kritik an (oder Feindseligkeit gegenüber) Israel oder dem Zionismus die Grenze zum Antisemitismus überschreitet und wann nicht. In diesem Zusammenhang ist es ein wichtiges Merkmal der JDA, dass sie (anders als die IHRA-Definition) auch angibt, was nicht per se antisemitisch ist.

Welche politischen Absichten liegen der JDA in Bezug auf Israel und Palästina zugrunde?

Keine. Genau darum geht es. Die Unterzeichnenden haben vielfältige Ansichten zum Zionismus und zum israelisch-palästinensischen Konflikt, einschließlich möglicher politischer Lösungen, zum Beispiel Ein-Staaten- oder ZweiStaaten-Lösung. Gemeinsam ist ihnen der Einsatz für zwei Dinge: den Kampf gegen Antisemitismus und den Schutz der Meinungsfreiheit auf der Grundlage universeller Prinzipien.

Aber unterstützt die Leitlinie 14 nicht BDS als gegen Israel gerichtete Strategie oder Taktik?

Nein. Die Unterzeichnenden haben unterschiedliche Ansichten zu BDS. Leitlinie 14 besagt nur, dass gegen Israel gerichtete Boykotte, Desinvestitionen und Sanktionen, wenngleich umstritten, nicht per se antisemitisch sind.

Wie kann man dann entscheiden, wann BDS (oder irgendeine andere Maßnahme) antisemitisch ist?

Dafür gibt es die allgemeinen Leitlinien 1 bis 5. In manchen Fällen ist offensichtlich, wie sie anzuwenden sind, in anderen nicht. Wie immer kann der Kontext bei der Einschätzung des Charakters jeglicher Form von Intoleranz oder Diskriminierung einen erheblichen Unterschied machen. Zudem sollte jede Leitlinie im Lichte der anderen gelesen werden. Manchmal ist eine Ermessensentscheidung zu treffen. Die 15 Leitlinien sollen dabei helfen.

Laut Leitlinie 10 ist es antisemitisch, "Jüd:innen im Staat Israel das Recht abzusprechen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben". Widerspricht das nicht den Leitlinien 12 und 13?

Es besteht kein Widerspruch. Die in Leitlinie 10 erwähnten Rechte haben jüdische Einwohner:innen des Staates, unabhängig von seiner Verfassung oder seinem Namen. Leitlinien 12 und 13 stellen nur klar, dass es nicht per se antisemitisch ist, andere politische oder verfassungsrechtliche Regelungen vorzuschlagen.

Was sind, kurz zusammengefasst, die Vorteile der JDA gegenüber der IHRA-Definition?

Es gibt mehrere, darunter:

- Die JDA profitiert von mehreren Jahren der Reflexion und kritischen Bewertung der IHRA-Definition. Im Ergebnis ist sie klarer, kohärenter und nuancierter.
- Die JDA führt nicht nur aus, was antisemitisch ist, sondern auch, im Kontext von Israel und Palästina, was nicht per se antisemitisch ist. Dies ist eine Orientierungshilfe, für die es großen Bedarf gibt.
- Die JDA beruft sich auf universelle Prinzipien und verbindet den Kampf gegen Antisemitismus, anders als die IHRA-Definition, klar mit dem Kampf gegen andere Formen der Intoleranz und Diskriminierung.
- Die JDA trägt dazu bei, einen Raum für die offene und respektvolle Diskussion schwieriger Themen zu schaffen, einschließlich der umstrittenen Frage der politischen Zukunft für alle Bewohner:innen Israels und Palästinas.
- Aus all diesen Gründen ist die JDA stichhaltiger. Anstatt zu spalten zielt sie darauf ab, alle Kräfte im Kampf gegen Antisemitismus breitestmöglich zu vereinen.

Abschied und Neuanfang

Eine außerordentliche Delegiertenversammlung

Wie (fast) alles in der zurückliegenden Zeit der Corona-Pandemie konnte auch die Delegiertenversammlung im Herbst 2020 nur digital und eingeschränkt stattfinden. Norbert Richter hatte schon seit längerem angekündigt, nach Ablauf seiner zweiten Amtsperiode als Bundesvorsitzender nicht mehr kandidieren zu wollen, hatte dann wegen der speziellen Situation noch ein halbes Jahr "drangehängt". Im Herbst hofften wir alle noch auf eine normale Präsenz-DV im Frühjahr. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt und so wurden wir "zur außerordentlichen Delegiertenversammlung am Samstag, den 27. März 2021 von 10 bis 17 Uhr" eingeladen, auf der die Nachfolge geregelt werden sollte.

Ungefähr 70 Teilnehmende folgten dieser Einladung. Die meisten von ihnen waren schon darin geübt, Konferenzen und Besprechungen online abzuhalten, neu war das Tool "votesUP!" zur Durchführung ordentlicher geheimer Abstimmungen – besonders wichtig wegen der anstehenden Wahl eines neuen Bundesvorsitzenden, dazu später mehr. Dieses erforderte eine gewisse Schulung im Vorfeld, eine "technische Einführung", und trotz einiger Bedenken meinerseits verlief die DV dank der guten Vorbereitung durch unser Team in Berlin erstaunlich reibungslos und in guter Atmosphäre, also durchaus "ordentlich".

Doch nun zu den Inhalten:

Die Tagesordnung sah zu Beginn die üblichen Formalia vor: Wahl des Tagungspräsidiums, Feststellen der Beschlussfähigkeit und Beschluss der Tagesordnung, bevor die erste wichtige Entscheidung anstand, die Wahl eines neuen Bundesvorsitzenden:

Zur Wahl stand Gerold König als einziger Kandidat. pax christi-Insider wissen, dass Gerold sozusagen zum Urgestein der Bewegung gehört, ich kenne pax christi nicht ohne ihn. Er gehört schon lange dem Vorstandsteam an, und dort ist er federführend tätig als Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand. Gerold kommt aus den Diözesanverband Aachen, dort hat er bis zu seiner Pensionierung vor zwei Jahren beim Diözesancaritasverband gearbeitet. Er ist verheiratet, er und seine Frau haben drei erwachsene Söhne und vier Enkelkinder.

Bei seiner Vorstellung sagte er, dass er die in den letzten Jahren entwickelten Ideen der Zukunftswerkstatt weiterverfolgen wolle und sich darauf freue, weiterhin in einem so kreativen Team zu arbeiten. Er betonte: "pax christi steht für Gewaltfreiheit, für das Eintreten für einen Stopp nicht nur des Rüstungsexports, sondern auch für einen Stopp der Herstellung und Vermarktung von Waffen und Rüstungsgütern. pax christi steht für die Begegnung zwischen Menschen, für Versöhnung, Erinnerung und Aufarbeitung der Geschichte. So habe ich pax christi – meine Friedensbewegung – kennengelernt."

Mit Gerold gewinnt die Bewegung einen neuen Vorsitzenden, der diese in- und auswendig kennt, der in der katholischen Kirche und ihren Gremien bestens vernetzt ist, der die ganze Breite der friedenspolitischen Themen im Blick hat und der durch den Aachener Schwerpunkt der Freiwilligendienste auch mit der jüngeren Generation vertraut ist. Das alles macht ihn zu einem überaus geeigneten Kandidaten und das sahen wohl auch fast alle Teilnehmenden so: Gerold König wurde mit überwältigender Mehrheit zum neuen Vorsitzenden gewählt – herzlichen Glückwunsch aus dem Bistum Essen.

Wie gewohnt gab es auch bei dieser DV Anträge und trotz der ungewohnten Umstände war es möglich, diese intensiv zu besprechen und ohne Zeitdruck zur Abstimmung zu bringen.





Antrag 1 bezog sich im Rahmen der Kampagne Kein Weihnachten in Moria/Menschenrecht statt Moria auf die gegenwärtige europäische Praxis der Migrationsabwehr und formulierte klare Forderungen zu einem menschenrechtskonformen und humanen Umgang mit Geflüchteten.

Antrag 2 befasste sich mit der Rekrutierung von Minderjährigen als Kindersoldat*innen, erhob Forderungen und präsentierte Möglichkeiten, diese Praxis zu stoppen.

In **Antrag 3** wurde der Bundesvorstand beauftragt, zum Ziel der Veränderung der derzeitigen Migrationspolitik die Zusammenarbeit mit anderen pax christi Sektionen innerhalb der EU zu suchen.

In **Antrag 4** bat pax christi Freiburg um Unterstützung beim Vorbereitungsprozess der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, die im Jahr 2022 in Karlsruhe stattfinden wird.

Die Verabschiedung von Norbert Richter aus dem Amt des Bundesvorsitzenden war der letzte Punkt der Tagesordnung - und atmosphärisch sicherlich das Highlight. In ihren Grußworten würdigten Bischof Kohlgraf und Paul Lansu von PCI in bewegenden Worten sein Engagement und seinen Einsatz für die Friedensarbeit. Alle Diözesan- und Regionalverbände und alle Kommissionen hatten digitale Gruß- und Dankesbotschaften gestaltet. Diese wurden in Wort und Bild eingeblendet und boten ein tolles buntes Bild von den vielfältigen Erfahrungen und Begegnungen mit Norbert und seinem Wirken auf Bundesebene. In fast allen Beiträgen wurde deutlich, als wie hilfreich und aufbauend sein vermittelndes Handeln empfunden wurde und wie sehr sein entschiedener Fokus auf Aktive Gewaltfreiheit als maßgeblichem Prinzip die Bewegung geprägt hat.

Zur Erstellung unseres Beitrags war uns übrigens die technische Kompetenz von Dietmar Blümer eine große Hilfe bei der Verwirklichung unserer Ideen. Vielleicht ergibt sich ja irgendwann die Gelegenheit zum gemeinsamen Anschauen.

So konnte durch die zahlreichen kreativen Beiträge eine gelungene Verabschiedung gestaltet werden. Trotzdem habe sicherlich nicht nur ich etwas traurig und wehmütig vor dem Bildschirm gesessen und die vielen Begegnungen, Umarmungen, Gespräche am Rande, Kaffeepausen, das gemeinsame Diskutieren, Lachen und Streiten, also all das vermisst, was eine Delegiertenversammlung in normalen Zeiten ausmacht.

Gabriele Wulfers



Stabwechsel in der Bundesspitze von pax christi: Auf Norbert Richter (hinten) folgt Gerold König.

Kampagne Menschenrecht statt Moria Geflüchtete aufnehmen! Jetzt!

Unter dieser Überschrift führt pax christi mit weiteren Trägerorganisationen, u.a. auch der Diözesanrat der Frauen und Männer im Bistum Essen, die erfolgreiche Kampagne "Kein Weihnachten in Moria" bis zur Bundestagswahl weiter.

pax christi fordert mit dieser Kampagne die Evakuierung der Lager an den EU-Außengrenzen, die Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland und eine menschenrechtskonforme Asyl- und Migrationspolitik. Durch illegale Pushbacks, Sterbenlassen im Mittelmeer und menschenunwürdige Zustände in Hotspots wie Moria würden Menschenrechte systematisch missachtet.

Aufforderung an Bundesregierung

Wir können diesen Forderungen Nachdruck verleihen, indem wir in Briefen die Bundestagskandidat*innen unserer Wahlkreise anschreiben. Die Bundesregierung aufzufordern, jenen Städten und Kommunen, die ihre Aufnahmebereitschaft der Geflüchteten signalisiert haben, ein rasches Handeln zu erlauben, ist einer der Forderungen.

Positive Signale für eine Aufnahme haben die beiden Städte Essen und Mülheim gesetzt.

Mülheim unterstützt, auf Initiative von CDU und Grünen sowie der Kreissynode der Evangelischen Kirche, dass die Stadt 50 weitere Geflüchtete aufnehmen soll. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich bei Bundes- und Landesregierung für die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage einzusetzen. In der Kooperationsvereinbarung von CDU und Grünen in Essen ist zur Aufnahme von Flüchtlingen folgendes vereinbart worden: "Wenn der Bund eine entsprechende Regelung ermöglicht, nehmen wir 50 Menschen (inklusive Familiennachzug) aus Moria auf."

Musterbriefe sind unter www.menschenrechtstatt-moria.de zu finden.

Zusammenarbeit mit dem Diözesanrat

Der Diözesanrat im Bistum Essen hat im November 2020 in einem gemeinsamen Antrag von pax

christi und BDKJ beschlossen, der Kampagne "Kein Weihnachten in Moria" und dem Bündnis "United4rescue" beizutreten. Im Zusammenhang mit diesem Beschluss sind zwei Veranstaltungen geplant.

Am 15. November 2021, 16 bis 20 Uhr, findet in der Wolfsburg ein Studientag unter der Überschrift "Festung Europa? Die gegenwärtige Flüchtlingspolitik auf dem Prüfstand" statt. Wie gelingt eine an Menschenwürde und Menschenrechten orientierte Politik für Geflüchtete? Was verstellt den Weg, was wird bereits getan? Diese Fragen sollen mit Politiker*innen und Fachleuten sowie dem Publikum diskutiert werden.

Am 5. September um 19 Uhr ist in Zusammenarbeit mit der Citypastoral Essen im Essener Dom ein Gottesdienst geplant. Im Anschluss soll die Ausstellung "Grenzerfahrungen" von pax christi, proAsyl und der Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden vorgestellt werden.



Eindringlich macht das Plakat mit dem Grenzzaun die Problematik deutlich.

"Grenzerfahrungen. Wie Europa gegen Schutzsuchende aufrüstet"

Mit der Ausstellung wollen proAsyl, die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) und pax christi die Funktionsweise der Politik der Abschottung und Aufrüstung an den EU-Außengrenzen aufzeigen und ebenso die brutalen Folgen für Schutzsuchende. Deutlich wird auch, wer von den Grenzgeschäften profitiert.

Die drei Friedens- und Menschenrechtsorganisationen, die erstmals ein solches Kooperationsprojekt gestartet haben, rufen mit dieser Ausstellung dazu auf, die zunehmende Militarisierung an den europäischen Außengrenzen sowie die Verletzung der Menschenrechte von Geflüchteten zu stoppen.

Die Ausstellung "Grenzerfahrungen" umfasst 16 Tafeln, die in eindrucksvollen Bildern und aufrüttelnden Texten die Brutalität der "Festung Europa" vor Augen führen. Die Tafeln können für den

Online- wie Offline-Gebrauch ausgeliehen und genutzt werden. Daneben haben die drei Kooperationspartner einen Musterbrief entworfen, der sowohl an Bundestagsabgeordnete als auch an die Kandidatinnen und Kandidaten für den neuen Deutschen Bundestag verschickt werden kann. Darin heißt es: "Ein Europa, das den Schwächsten ihre Rechte nimmt, das sie illegal und gewalttätig zurückschiebt und das kriegsführende Staaten mit Waffen versorgt, kann nicht Teil der Lösung sein, sondern ist selbst Teil des Problems."

Weitere Informationen finden Sie unter www.grenz-erfahrungen.de

Der pax christi Diözesanvorstand strebt an, dass diese Ausstellung in unserem Bistum an verschiedenen Orten gezeigt wird. Die Ausstellungsorte werden auf unserer Homepage www.essen.paxchristi.de veröffentlicht.

Norbert Richter



Flüchtlinge aus Moria brauchen Hilfe.



Protest vor Rheinmetall in Düsseldorf.

Rheinmetall entrüsten!

- Auf zivile Produkte umstellen!
- Waffenexporte stoppen!
- Für ein effektives Rüstungsexportkontrollgesetz!

So lauteten die Forderungen im Aufruf zur Protestaktion am 11. Mai 2021 anlässlich der Hauptversammlung von Rheinmetall vor der Konzernzentrale in Düsseldorf, den das Netzwerk Friedenskooperative zusammen mit dem Bündnis "Rheinmetall entrüsten" und der "pax christi"-Gruppe Bonn verfasst hatten und der von vielen anderen Organisationen und Personen unterstützt worden war. Als Diözesanverband haben wir den Aufruf auch unterstützt und an der Protestaktion zusammen mit ca. 60 Menschen teilgenommen.

Mit der Attrappe einer Rheinmetall-Bombe, wie sie in Jemen zum Einsatz kommen, und einer "Blutaktie" wurde die Verantwortung des Konzerns und seiner Aktionäre für die Opfer aktueller Kriege verdeutlicht.

Tilman Massa von den Kritischen Aktionären forderte die Nichtentlastung des Vorstands wegen mangelnder menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht bei Waffenexporten. Kathrin Vogler von den Linken im Bundestag kritisierte die Bundesregierung, die mit ihrem weitmaschigen Netz der Rüstungsexportkontrolle kriminelle Machenschaften ermögliche und mitfinanziere. Renate Fest vom Düsseldorfer Friedensforum gedachte in ihrer Rede der Tausenden von Zwangsarbeitern, die





Eindringlich wurden die Folgen der Geschäfte von Rheinmetall deutlich gemacht.



Auch pax christi Essen war in Düsseldorf dabei.

Rheinmetall während des Nationalsozialismus' unter menschenunwürdigen Bedingungen ausbeutete. Felix Oekentorp von der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) und Niklas Hoves von der Stiftung ethecon forderten ein Ende der Rüstungsproduktion auch für Bundeswehr und NATO. Ein strenges Rüstungsexportkontrollgesetz solle bis zur Einstellung aller Rüstungsexporte die Schlupflöcher für Waffenexporte über Tochterfirmen oder via multilateraler Produktionen verhindern.

Alfred Keienburg



Mit Fahrrädern und zu Fuß ging es durchs Ruhrgebiet.

pax christi Essen auch weiterhin aktiv und sichtbar trotz Corona

Auch wenn wir uns nach wie vor im Covid19-Pandemie-Modus befinden, hat uns Corona nicht lahmgelegt. Auch in 2021 haben wir die Möglichkeiten, die sich uns boten, genutzt, um weiter für eine friedliche Welt an die Öffentlichkeit und auf die Straße zu gehen.



In diesem Jahr konnte der Ostermarsch Ruhr wieder auf der Straße stattfinden, wenn auch mit Einschränkungen. Die Beteiligung war erfreulich groß, und die Medien berichteten darüber relativ oft und ausführlich. Wie üblich, begann er in Duisburg und endete in Dortmund. In Dortmund nahmen wir am Ostermontag mit einer kleinen Schar von pax christi-Mitgliedern aus unserem Bistum am Ostermarsch teil. Nach der Auftaktkundgebung in Dortmund-Dorstfeld zogen wir über Fußwege zur Abschlusskundgebung auf dem Hansaplatz, denn ein Demozug auf der Straße war untersagt.

In den Reden von Joachim Schramm (Landesgeschäftsführer der DFG-VK NRW), Michael Müller (Vorsitzender Naturfreunde) und Sevim Dagdelen (MdB, Die Linke) wurden die Forderungen des OMA RheinRuhr eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht:

- Wir fordern Abrüstung statt Aufrüstung!
- Wir wollen keine neuen Atombomber und keine Killerdrohnen!
- Stoppt die Klimakiller Rüstung und Krieg rettet das Leben auf der Erde!
- Für eine neue Entspannungspolitik!
- Rechte Demagogen zurückdrängen!

Für Umweltschutz und Frauenrechte: Bäume pflanzen für den Frieden

Wangari Maathai, erste Friedensnobelpreisträgerin aus Afrika

Das Erbe Wangari Maathais sind 51 Millionen Bäume. Im Jahr 1977 rief sie das Aufforstungsprojekt "Green Belt Movement" (dt. *Grüngürtel-Bewegung*) ins Leben. Im Laufe der Jahre wurde daraus eine panafrikanische Bewegung, die mittlerweile in 13 Ländern aktiv ist, etwa 600 Baumschulen gegründet hat und zum Schutz vor Erosion Millionen Bäume neu pflanzte. Aufgrund dieser Pionierrolle erhielt sie den Beinamen *Mama Miti* (Kisuaheli für 'Mutter der Bäume'). Die Professorin erkannte aber auch den Zusammenhang zwischen Umweltschutz und Frauenrechten und widmete dem Kampf dafür ihr gesamtes Leben, obwohl sie mehrfach inhaftiert und auch misshandelt wurde. Als erste afrikanische Frau wurde sie mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.



Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai.

Immer mehr Flüsse versiegen

Wangari Maathai ist Biologin und arbeitet als Professorin an der Universität von Nairobi, als besorgniserregende Nachrichten 1977 Kenias Nationalen Frauenrat erreichen. Immer mehr Bäuerinnen berichten, dass Flüsse versiegen und Böden erodieren. Die Wege beim Sammeln von Feuerholz werden immer weiter, weil zu viele Bäume abgeholzt worden sind. Wenn aber Feuerholz fehlt, haben die Frauen keine Möglichkeit, nahrhafte Mahlzeiten für ihre Familien zuzubereiten. Da schlägt Wangari Maathai vor: "Lasst uns Bäume pflanzen." Mit sieben Bäumen beginnen die Frauen des Nationalen Rats am Stadtrand von Nairobi. Mittlerweile sind sie zu einem gewaltigen

Wald angewachsen, der sich über den afrikanischen Kontinent erstreckt. Vor allem Frauen leben und arbeiten in seinem Schatten.

Kenia ist noch eine britische Kolonie, als Wangari Maathai am 1. April 1940 in einem Dorf unweit von Nairobi in einer Kikuyu-Familie zur Welt kommt. Ihr Vater hatte vier Ehefrauen und zehn Kinder. Schnell fiel ihre Begabung einigen Missionsschwestern auf, und sie erhielt eine solide Schulbildung an einer bekannten Klosterschule in Kenia.

Studium auch in Deutschland

Anschließend bekam sie ein Stipendium für ein Studium der Biologie in den USA und studierte später auch in Gießen und München. Drei Jahre später kehrte Wangari nach Kenia zurück. Dort heiratete sie Mwangi Mathai und brachte zwei Kinder zur Welt.

Im Jahr 1971 war sie die erste Frau aus Kenia, die den Doktortitel an der University of Nairobi erwerben konnte. Im selben Jahr wurde sie die erste Professorin für Veterinäre Anatomie und später Dekanin ihres Fachbereichs an der Universität von Nairobi

Als sie den Eindruck hat, dass weibliche Angestellte benachteiligt werden, setzt sie sich für Gerechtigkeit ein und versucht sogar, eine Gewerkschaft zu organisieren. Aber sie blickt

auch stets über das universitäre Leben hinaus, kämpft für Umweltschutz und Frauenrechte und versucht – zunächst vergeblich – eine Organisation zu gründen, die in Kenia Bäume pflanzen soll. Erst als sie wenig später die Idee bei Kenias Nationalem Frauenrat vorbringt, schlägt diese Wurzeln.

Ehemann protestiert

Ihrer Ehe tut ihr Engagement nicht gut: Ihr Mann reicht die Scheidung ein. Zu klug und zu stark sei seine Frau, beschwert er sich, gebildet, selbstbewusst und für ihn kaum noch zu kontrollieren. Ein Richter bewilligt nicht nur die Trennung, er gibt ihr auch die Schuld am Scheitern der Beziehung. Der müsse wohl entweder korrupt oder inkompetent sein, meinte Wangari hinterher. Daraufhin wird sie zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, der sie nur öffentlichen Entschuldigung nach einer entgeht. Als ihr Mann zusätzlich fordert, dass sie seinen Nachnamen ablegen solle, fügt sie diesem kurzerhand noch einen Buchstaben hinzu und heißt fortan eben Maathai statt Mathai.

Nun gilt all ihre Energie der Grüngürtelbewegung. Bäuerinnen werden dafür gewonnen, gemeinsam Baumschulen zu gründen. Sie sammeln Samen einheimischer Bäume und ziehen Setzlinge. In ihren eigenen Dörfern und Gemeinden pflanzen sie die Bäume und erhalten dafür ein kleines Honorar. Dadurch wird mehr Regenwasser im Boden gespeichert und die Erde durch die Wurzeln zusammengehalten. Durch die so entstehenden Wäldchen haben die Frauen zudem genug Feuerholz und pflanzliche Nahrung für ihre Familien. Auf kargem Land werden lange Reihen von Bäumen gepflanzt, die namengebenden "grünen Gürtel". Zusätzlich werden die Frauen zu Imkerin-Försterinnen oder Nahrungsmitteltechnikerinnen ausgebildet. Doch Wangari erkennt bald, dass nicht nur die fehlenden Bäume für die Schwierigkeiten verantwortlich sind. Weit verbreitete Frauenfeindlichkeit und das repressive politische Regime dieser Zeit versperren ihnen viele Möglichkeiten.

Kampf gegen Landraub

Darum kämpft die Bewegung bald auch für demokratische Rechte und gegen vom Regime gebilligten Landraub. Der Präsident setzt daraufhin alles daran, ihre Arbeit zu unterdrücken. Wangari verliert ihr Büro und muss die Grüngürtelbewegung aus ihrem eigenen Haus leiten. Im Jahr 1992 hört sie, dass ihr Name auf einer Liste von Aktivisten stehen soll, die die Regierung im Gefängnis oder besser noch tot sehen wolle. Sie verbarrikadiert sich in ihrem Haus, das drei Tage lang von Polizisten belagert wird. Schließlich wird sie festgenommen und nur auf Kaution freigelassen. Erst auf internationalen Druck hin lässt die Regierung die Anklage fallen. Im selben Jahr tritt Wangari mit einer Gruppe in einen Hungerstreik, um die Regierung dazu zu bringen, weitere politische Gefangene freizulassen. Der Streik wird gewaltsam aufgelöst. Wangari, die "Verrückte", wie der Präsident sie nennt, wird verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Politisch aktiv als Ministerin

Doch sie setzt sich weiterhin für gerechte Politik ein. Während sie international ausgezeichnet und gefeiert wird, muss Wangari in ihrer Heimat zeitweise sogar untertauchen. Doch wann immer sie von geplanten Abholzungen hört, organisiert sie Proteste und Pflanzaktionen. Immer wieder wird sie festgenommen und dann wieder freigelassen. Doch Wangari gibt nicht nach. 2002 tritt sie bei den Wahlen als Kandidatin für die oppositionelle Rainbow Coalition an und gewinnt. Die alte Regierung ist geschlagen, und Wangari wird zur stellvertretenden Umweltministerin ernannt. Jahre später, im Winter 2004, wird ihr als erster afrikanischer Frau und Umweltaktivistin der Friedensnobelpreis verliehen.

Im Jahr 2011 verstirbt Wangari Maathai in Nairobi an Krebs. Ihr Lebenswerk, die Grüngürtelbewegung, wächst und gedeiht bis heute. Grüne Gürtel verlaufen durch dutzende afrikanische Nationen. Aus den sieben ersten Bäumen sind heute 51 Millionen geworden.

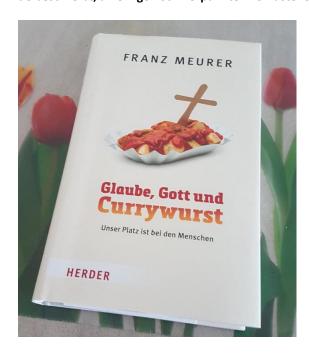
(Infos teilweise von der österreichischen Journalistin Ricarda Opis)

Ursula Balt

Glaube, Gott und Currywurst: Für ein Willkommen ohne Bedingung

Pfarrer Franz Meurer: Unser Platz ist bei den Menschen

Zwei Jahre vor der beschwerlichen und auch lähmenden Coronapause wählte der pax christi-Diözesanverband Essen als Ziel für seine jährliche Kurzroute die Pfarrei St. Theodor im Kölner Stadtteil Vingst (mehr dazu im nachfolgenden Bericht). Dieser Besuch beeindruckt mich bis heute nachhaltig, und deshalb nutze ich gerne die Gelegenheit, das Buch Glaube, Gott und Currywurst, in dem Pfarrer Meurer 2020 das Leben in dieser Gemeinde beschreibt, an einigen Schwerpunkten vorzustellen.



Den Titel des Buches *Glaube, Gott und Currywurst, mit* dem Untertitel: <u>Unser Platz ist bei den Menschen</u> erläutert Meurer im Klappentext "Wer Kirche voll haben will, hat sie leer. Warum? Weil es das falsche Ziel ist. Die Kirche hält die Frage nach Gott offen, wenn sie den Menschen dient. Dann ist sie nützlich. Das Produkt ist Service. … Die Kirche ist für die Menschen da, nicht die Menschen für die Kirche."

Pfarrer Meurer schildert das Leben in seiner Gemeinde St. Theodor in Vingst, einem armen Veedel (Stadtviertel) in Köln. Sie arbeitet eng mit der evangelischen Gemeinde, zahlreichen Muslimen und allen "Menschen guten Willens" zusammen. Die Devise lautet: "Ökumene ist doppelt so gut und halb so teuer."

In den 20 Kapiteln des Buches beschreibt der Autor Gelingendes, aber auch Probleme und Lösungsversuche im (nicht immer) normalen Leben der Gemeinde St. Theodor während des ganzen Jahres. Die persönlichen Überzeugungen und die erlebten pastoralen Situationen in seinem Pfarreialltag, von denen er spricht, bieten Anregungen, Originelles, aber auch kritischen Diskussionsstoff. Im letzten Kapitel fasst er in "zwölf Tipps, damit Kirche geht" sein Konzept noch einmal kompakt zusammen.

Mir gefällt zum Beispiel das Kapitel über die Willkommenskultur (S.133f) "Es geht um ein Willkommen ohne Bedingung. Also um Zugehörigkeit ohne Gegenleistung. Willkommenskultur beinhaltet Gastfreundschaft, ist aber noch mehr. Es ist aufsuchende Gastfreundschaft. …"

Noch zwei kleine Beispiele, die das wertschätzende, vielfältige Miteinander trotz Verschiedenheit in der Gemeinde zeigen:

"Dialog geschieht bei uns vor allem praktisch, weniger durch Gespräche oder Vorträge. Im Ramadan kommen etwa auch muslimische Mitbürger/-innen zu mir und übergeben ihre Ramadan Spende für arme Menschen; ich wisse ja, wer etwas nötig habe. ...Umgekehrt entstand bei uns die Idee, den großen Moscheebau in Köln zu unterstützen." (S. 93)

Oder: "Es gilt in der Gemeinde nicht "Wer darf was? Sondern: Wer kann was?

Fromm ausgedrückt Wer hat welches Charisma, welche Begabung?" (S. 99)

Das Erlebnis von Kirche als konkret vor Ort gelebte Friedensgemeinschaft beeindruckt mich bis heute.

Dieses Buch, "das erzählt, wie Kirchen Hoffnungsträger sein können, und das Mut macht, neue Wege zu gehen", kann ich nur als anregende und auch unterhaltsame Lektüre empfehlen.

Karla Eissing

Franz Meurer, Glaube, Gott und Currywurst. Herder 2020

Eine Begegnung in Köln-Vingst: Pfarrer Meurer: Zupacken, wo es Not tut

2017 hat die Bistumsgruppe von pax christi Essen Pfarrer Franz Meurer besucht. In seiner Gemeinde St. Theodor in Köln-Vingst. Viel mehr als nur einen Gottesdienstraum bietet die 2002 von Architekt Paul Böhm nach dem Bauhaus-Prinzip entworfene Kirche.

Sie ersetzte die 1938 eingeweihte Kirche, die am 13. April 1992 einem Erdbeben zum Opfer fiel. Zwar lag das Epizentrum bei Roermond, war aber mit seiner Stärke von 5,9 weithin zu spüren und damit das stärkste Beben in der Region seit 1756. Die nach dem Zweiten Weltkrieg nur mit eher schlechtem Baumaterial wieder errichtete Kirche war diesem nicht gewachsen. Eine Sanierung erschien wegen nicht abschätzbarer Kosten wenig sinnvoll, und so ergab eine Krisensitzung: Abbruch und Neubau.

Von Beginn der Planungen hatte Pfarrer Meurer ein Sockelgeschoss durchgesetzt, das für soziale Zwecke genutzt werden sollte. Daher entstand an der Kölner Burgstraße Raum für vieles. Vor allem für Menschlichkeit, für Miteinander. In St. Theodors riesigem Keller, der sogar per LKW angefahren werden kann, lagert beinahe alles, was Menschen benötigen. Kleidung, Alltagsgegenstände, Fahrräder.

Alles ist sauber sortiert. Was zu reparieren ist, wird repariert. Platz dafür ist auch reichlich vorhanden. Und Werkzeug sowieso.

Gleich neben dem Kirchenschiff werden Mahlzeiten angeboten. Auch für die Besucher aus dem Ruhr-Bistum war das so. Der Pfarrer serviert persönlich das Mittagessen und fragt nicht groß nach etwaigen Wünschen. Wer im Ruhrgebiet aufgewachsen ist, kennt das: Was auf den Tisch kommt, wird gegessen.

So ist Franz Meurer, ganz gleich, ob er Gottesdienst feiert, die Menschen aus dem Stadtteil bewirtet, im Keller selbst anfasst: direkt, zupackend und bestimmt. Es wird nicht lang diskutiert, es wird gehandelt.

Viel zu tun ist schließlich in seinem Stadtteil. In dem Arbeiterviertel mit mehr 25.000 Bewohnern leben sehr viele von der Sozialhilfe. Mehr als die Hälfte der Bewohner sind Muslime, nur noch knapp 8.000 sind Katholiken. Bei Pfarrer Meurer wird allen geholfen. Und alle werden von ihm zum Zupacken ermuntert.

Von diesem Alltag erzählt das Buch, das wir heute vorstellen.

Ursula Balt



Eine Kleiderkammer gehört zum Angebot in Köln-Vingst.



Auch Fahrräder sind sehr gefragt bei den Hilfesuchenden.



Frieden 4.0 - pax christi Online-Talks

Jeden Monat Diskussion mit Experten über Aktuelles zur Friedensbewegung

Monatlich diskutiert pax christi 90 Minuten mit Expert*innen über aktuelle Themen der Friedensbewegung und bietet eine Plattform, um Fragen, Kritikpunkte und Impulse einzubringen. Über die anstehenden Online-Talks wird per E-Mail und auf der Homepage der Deutschen Sektion informiert. https://www.paxchristi.de/metathema/view/5836059665498112/Frieden%204.0 Bisher wurden folgende Themen behandelt:

- Das Lieferkettengesetz und das Elend im Kongo
- Menschenrecht statt Moria
- EU und Russland
- Friedenslogisch denken den Blick verändern
- Entspannungspolitik mit Russland neu denken
- Kein Weihnachten in Moria
- Rüstungsexportkontrollgesetz

Diese Online-Talks können auch nachträglich über den vorgenannten Link auf der Homepage der Deutschen Sektion als Video nachgehört/nachgesehen werden. **Schaut mal rein, es lohnt sich!**

Der jeweilige Online-Talk geschieht in Form einer Zoom-Konferenz. Die Teilnahme ist per Internet oder über das Telefon möglich. Der Umfang der potenziellen eigenen Beteiligung hängt davon ab, welche technische Ausstattung zusätzlich vorhanden ist (Kamera, Mikrofon, Telefon).

Für die Teilnahme am Online-Talk ist eine Anmeldung per E-Mail erforderlich. Nach Anmeldung werden die Zugangsdaten vom Sekretariat in Berlin übermittelt, die die Teilnahme am jeweiligen Online-Talk ermöglichen.

Alfred Keienburg

+++ TERMINE +++ TERMINE +++ TERMINE +++

pax christi Veranstaltungen

Gottesdienste "Frieden(s)gestalten"

Samstag, 18. September 2021, 18 Uhr (Jochen Klepper) Samstag, 13. November 2021, 18 Uhr (Shirin Ebadi)

Pax Christi Kirche (unten), An St. Albertus Magnus 45, 45136 Essen-Bergerhausen

Die jeweilige Messfeier ist ein Gemeindegottesdienst. Im Anschluss daran trifft sich die pax christi Friedensbewegung zum Informationsaustausch und zur Besprechung anstehender Projekte/Aktionen. Gäste sind herzlich willkommen.

Veranstalter: pax christi Diözesanverband Essen

Dass die Gottesdienste wieder in der Pax Christi Kirche (Unterkirche) stattfinden können, ist zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlich. Andernfalls werden wir zeitnah informieren, ob der Gottesdienst ggf. in einer anderen Kirche stattfinden wird.

Samstag, 7. August – Sonntag, 15. August 2021

pax christi-Route regionale 2021 des Diözesanverbandes Essen

Die Route führt von Fulda nach Bad Hersfeld

Kontaktadresse: Meinolf Demmel, Marienplatz 3, 45476 Mülheim

Tel.: 0208 4449800

Sonntag, 5. September 2021, 19 Uhr

Abendmesse "Menschenrecht statt Moria"

Essener Dom, An St. Quintin 3, 45127 Essen

Besondere Gestaltung der Messfeier durch Cityseelsorger Bernd Wolharn, Diözesanrat der Frauen und Männer im Bistum Essen und pax christi Diözesanverband Essen

Vor und nach der Messfeier besteht Gelegenheit, die Ausstellung "Grenzerfahrungen" zu besuchen, die in der Domkirche gezeigt wird.

Montag, 15. November 2021, 16-20 Uhr (Studientag)

Festung Europa?

Die gegenwärtige Flüchtlingspolitik auf dem Prüfstand

Wie gelingt eine an der Menschenwürde orientierte Politik für Geflüchtete?

Was verstellt den Weg, was wird bereits getan?

(Für weitere Informationen zum Studientag bitte die Homepage der Akademie nutzen:

www.die-wolfsburg.de)

Katholische Akademie DIE WOLFSBURG in Kooperation mit dem Diözesanrat der kath. Frauen und Männer im Bistum Essen und pax christi Diözesanverband Essen

Alle Veranstaltungen stehen unter dem Vorbehalt von Covid-19-Beschränkungen.

Veranstaltungen von und ggf. mit den Kooperationspartnern

Volkshochschule Essen und Essener Friedensforum, Burgplatz 1

Mittwoch, 18. August 2021, 19-21 Uhr, entgeltfrei **Abrüsten statt Aufrüsten – Wir haben die Wahl** Referent: Bernt Kamin-Seggewies

Mittwoch, 15. September 2021, 19-21 Uhr, entgeltfrei

Russland und Deutschland – Verhältnis zwischen Feindbild und Faszination

Referent: Reinhard Lauterbach

Mittwoch, 10. November 2021, 19-21 Uhr, entgeltfrei Klimakrise zwischen Militarisierung und Frieden Referent: Prof. Dr. Jürgen Scheffran

Mittwoch, 19. Januar 2022, 19-21 Uhr, entgeltfrei

Sicherheit neu denken: Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik

Referent: Ralf Becker

Mehr Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen sind hier zu finden:

https://essen.paxchristi.de/termine/view/5774170822541312/Programm%20der%20VHS%20und %20des%20Essener%20Friedensforums%20Herbst%202021

Ob die genannten Veranstaltungen als Präsenzveranstaltungen stattfinden können oder ggf. per VHSdigisalon, ist davon abhängig, welches Ausmaß an Covid-19-Erkrankungen zum jeweiligen Zeitpunkt gegeben ist. Wir werden entsprechend informieren.

Samstag, 4. September 2021, 100 Sekunden vor 12 Uhr Mittag

Friedensdemonstration in Essen City, Willy-Brandt-Platz 1, gegenüber Essen Hbf Gegen die Vorbereitung eines großen Krieges in Europa gemeinsam vorgehen!

Die in Kalkar stationierte Nato-Strategieschmiede Joint Air Power Competence Centre (JAPCC) plant für den 7. bis 9. September in Essen ihre Jahreskonferenz. Mit der Entwicklung von Strategien für Waffengänge im 21. Jahrhundert verstoßen die Essener Konferenzen des JAPCC gegen das Friedensgebot des Völkerrechts, des Grundgesetzes und des Vertrages zur deutschen Einheit. Veranstalter: Essener Friedensforum, DFG-VK NRW, pax christi Diözesanverband Essen, u.a.

Sonntag, 3. Oktober 2021

Friedensdemonstration gegen die Bundeswehr- und NATO- Kommandozentrale in Kalkar

Details und Anreisemöglichkeiten werden noch mitgeteilt.

Veranstalter: breites Bündnis der Friedensbewegung

die_taube

Loblied auf die Friedensstifter

Wohl denen, die da wagen ein NEIN zur rechten Zeit. Nicht "Ja und Amen" sagen zur Bombensicherheit. Die jetzt im Rüstungskarussell der Sand sind im Getriebe, die lasst uns loben heut!

Wir müssen Frieden schaffen in Freund- und Feindesland. Nicht mit Vernichtungswaffen, mit Mut, Herz und Verstand. Und stellt man uns als Träumer hin, so wollen wir nicht verzagen. Uns bleibt nur dieser Weg.

Wohl denen, die aufwachen noch vor dem ersten Schuss. Die jetzt schon Frieden machen und nicht erst nach Beschluss. Die nach Versöhnung drängen und auch kalten Krieg nicht dulden. Die lasst uns loben heut!

Wohl denen, die da mahnen: Vernichtung kennt keinen Sieg. Die sich nicht lassen planen für einen neuen Krieg, die heut in aller Welt aufstehn, die nicht Gehorsam leisten. Die lasst uns loben heut!

Gerhard Schöne

